Helmut Hartung 6. April 2020

Talkshows sind keine Wrestling-Kämpfe

Zuschauerinteresse an Talk-Sendungen ist rückläufig

Neben Sondersendungen und verlängerten Nachrichtenausgaben setzt die ARD bei der Information über die Coronavirus-Epidemie sehr stark auf auch ihre Talkshow-Armada. Doch die Zuschauer erwarten in dieser schwierigen Zeit vor allem kompetente, sachliche Informationen und keinen allgemeinen Meinungsaustausch.

„Vor Kurzem luden die Grünen zu einem medienpolitischen Dinner nach Berlin. Es ging um Politik und Medien, und das heißt für die meisten Parteimitglieder: um Politik und Fernsehen. Die anwesenden Spitzenvertreter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens brachten sich unter anderem so ein, dass die Talkshows der politischen Kultur, ja der Aufklärung dienten. Das sind große Worte für ein hübsches Nichts. Was wird in jenen abgefilmten Stuhlkreisen ausgetauscht außen Stanzen und Schablonen? Wann werden schon mal tiefere Argumentationsebenen erreicht? Wenn es kompliziert wird, meldet sich garantiert die Moderatorin oder der Moderator. Es könnte ja jemand umschalten.“ Dieses Zitat aus der Süddeutschen Zeitung ist nahezu zehn Jahre alt, es könnte aber auch von heute sein. Die Vorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, war 2019 übrigens die Politikerin mit den meisten Talkshow-Auftritten. Betrachtet man die unendlichen Analysen, ungezählten Artikel in Zeitungen und Meinungen in Blogs oder sozialen Netzwerken, hat sich seit 2010 anscheinend nichts oder kaum etwas geändert. Die Zahl der Talkshows in ARD und ZDF insgesamt hat sich sogar noch erhöht. Vor allem die ARD ist hier sehr innovativ. Zwar nicht bei den Konzepten, sondern bei den Sendeplätzen.

Im Herbst vergangenen Jahres hat die ARD das neue Format „Talk am Dienstag“ eingeführt. Hier erhalten bewährte Sendungen wie „Kölner Treff“ oder „NDR Talkshow“ jetzt auch einen Platz im Ersten, dazu kommen neue Formate wie „Talk aus Berlin“ oder „Bauerfeind“. Sieben Formate werden hier von diesem Frühjahr an immer dienstags um 22:45 Uhr gezeigt. Nun könnte man natürlich fragen, warum dieser Sendeplatz nicht für Dokumentarfilme genutzt wird, an denen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nach wie vor Mangel herrscht. Aber das ist ein anderes Thema …

Reichweiten von Talk-Formaten sind überwiegend rückläufig

„Die Entscheidung, den einzigen Wochentag, an dem es kein Promi- oder Polit-Palaver in der ARD gibt, nun auch noch mit einer Rede-Runde zu bestücken, mutet seltsam an. Zumal der Sendeplatz sonst nicht eindeutig festgelegt war und Raum für Produktionen ließ, die den Programmgestaltern

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Adresse: https://www.kulturelle-integration.de/2020/04/06/talkshows-sind-keine-wrestling-kaempfe/

zu ungewöhnlich oder anspruchsvoll für den TV-Film am Mittwoch schienen, wie etwa ‚Über Barbarossaplatz' mit Bibiana Beglau oder Axel Ranischs ‚Familie Lotzmann'", schrieb dazu die Frankfurter Rundschau. Zusammen mit dem „Presseclub" und den drei sogenannten Politiktalks „Anne Will", „Hart aber fair" und „Maischberger" laufen im Ersten elf Talk-Formate, dazu kommen noch etliche Quasselrunden in den Dritten. Im ZDF gibt es mit „Maybrit Illner", „Markus Lanz" und im Sommer mit „Dunja Hayali" drei Gesprächssendungen.

Die Zuschauerreichweiten für „Talk am Dienstag" sind bisher nur mäßig. „Riverboat", das erfolgreichste Talk-Format im Dritten, vom MDR, ist dienstags übrigens nicht vertreten. Der bundesweite Marktanteil stieg von 2,9 auf 3,4 Prozent. Noch deutlicher ist der Erfolg des Talks im Sendegebiet des MDR: Hier kletterte der Marktanteil von 13,9 Prozent in 2018 auf jetzt 16,5 Prozent. Die „NDR Talk Show Hamburg" (NDR) – an zweiter Stelle – kommt dagegen freitags nur auf 11,9 Prozent und der „Kölner Treff" (WDR) auf ganze 8,8 Prozent.

Ein gestiegenes Interesse an Talkshows war also sicher nicht der Beweggrund für ARD-Programmchef Volker Herres, hier aufzurüsten, denn die Zuschauerzahlen sind für die Politiktalks rückläufig. In der Saison 2018/19 – aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor – talkte „Anne Will" unangefochten an der Spitze. Durchschnittlich 3,36 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer haben Sonntag für Sonntag den 60-Minuten-Talk nach dem „Tatort" eingeschaltet. Das ist im Vergleich mit dem Wert in der Saison 2017/18 ein Verlust von fast 400.000 Zuschauern. Auch die übrigen ARD-Angebote verzeichnen sinkende Aufmerksamkeit. „Hart aber fair" erreichte durchschnittlich 2,52 Millionen Zuschauer, davor waren es noch 2,95 Millionen. Bei „Maischberger" liegen die Zuschauerzahlen bei 1,25 Millionen zu 1,49 Millionen im Jahr 2017/18. Bei der ZDF-Konkurrenz sieht der Trend nicht anders aus: Der Wert für „Maybrit Illner" ist von 2,60 Millionen 2017/18 auf 2,45 Millionen 2018/19 gesunken. Im Vergleich hat sich das ZDF-Format noch am besten gehalten.

Rechnet man alle vier Sendungen zusammen, erreichen sie an die zehn Millionen Zuschauer, die sich für aktuelle politische Themen interessieren und Antworten auf ihre Fragen haben möchten. Das sind zehn Millionen Bürger, die sich nicht in einer Filterblase verstecken. Daraus wächst natürlich für die öffentlich-rechtlichen Angebote auch eine große Verantwortung.

Talkshows fördern die „Empörungsdemokratie"

In seinem Buch „Die große Gereiztheit" spricht Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen von einer „Empörungsdemokratie" in Zeiten digitaler Medien. Er hofft auf ein allgemeines Einsehen und fordert eine Rückkehr zu Wahrheitsorientierung, Skepsis und Transparenz.

Die Polittalks folgen – in der Hoffnung, so hohe Einschaltquoten zu erreichen – mit ihren nach Extrempositionen zusammengestellten Runden – zu jeder These muss es eine Antithese geben – der

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Logik dieser künstlich befeuerten Empörungsmechanik. An dieser Entwicklung haben auch manche Medien ihren Anteil. Talkshows werden in Tageszeitungen zum Teil rezensiert wie Theateraufführungen. Damit bekommen sie mehr Gewicht, als sie für die Meinungsbildung haben, das führt auch in sozialen Netzwerken zu überflüssigen aufgeregten Reaktionen.

Die Talkshowgäste von 2019 belegen dieses „Empörungs"-Strickmuster: Manch ein Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender meint, es seien immer die gleichen Politiker bei den vier großen Polit-Talkshows zu sehen. Eine Analyse des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) zeigt, dass die Annahme nicht täuscht. Am häufigsten zu Gast in den Polittalks der Öffentlich-Rechtlichen 2019 waren Politiker der Union. Insgesamt 86 Mal saßen Vertreter der Union bei „Anne Will", „Maybrit Illner", „Hart aber fair" oder „Maischberger". Besonders gern vor die Scheinwerfer gegangen ist CDU-Abgeordneter Norbert Röttgen, seit jüngstem Kandidat für den CDU-Parteivorsitz. Juso-Chef Kevin Kühnert war 2019 das Gesicht der Sozialdemokraten. Mit 17,4 Prozent der Besuchsanteile in den vier Talkshows „Anne Will", „Maybrit Illner", „Hart aber fair" und „Maischberger" waren Vertreter der Grünen am dritthäufigsten Teilnehmer von Polit-Talks im Jahr 2019. Insgesamt 43 Mal waren sie zu Gast. Auffällig ist – anders als bei Union und SPD –, dass der Besuchsanteil weit über dem Sitzanteil der Grünen im Bundestag liegt. Dieser liegt bei 9,5 Prozent. Am häufigsten waren die Grünen-Co-Chefin Annalena Baerbock (10 Besuche), Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt (7 Besuche) und Co-Parteichef Robert Habeck (6 Besuche) zu Gast bei ARD und ZDF. Damit war Baerbock im vergangenen Jahr häufiger in den wöchentlichen Talkshows der öffentlich-rechtlichen TV-Sender zu Gast als jeder andere Politiker. Am seltensten eingeladen war die Alternative für Deutschland (AfD). Mit 5,2 Prozent hat die rechtspopulistische Partei den geringsten Anteil an den Talkshowauftritten im Jahr 2019. Dieser Wert ist geringer als der Sitzanteil der AfD im Bundestag, der bei 12,8 Prozent liegt. Blickt man auf alle Politiker, die seit dem Sendestart der vier Talkshows jemals eingeladen wurden, ergibt sich folgendes Bild: Gesamt-Rekordhalterin ist Sahra Wagenknecht (Linke) mit insgesamt 79 Auftritten. Auf dem zweiten Platz folgt ihr Parteikollege Gregor Gysi mit 68 Einladungen. Beides geübte Aufreger und Empörer. Platz 3: Norbert Röttgen (67). Ebenfalls in den Top Ten: Jürgen Trittin (Grüne, 63 Auftritte), Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Markus Söder (CSU), Oskar Lafontaine (Linke, alle je 63 Auftritte), Wolfgang Bosbach (CDU, 60 Auftritte), Renate Künast (Grüne) und Ursula von der Leyen (CDU, je 58 Einladungen).

Gesellschaftliche Situation wird verzerrt abgebildet

Eine Analyse des vom Familienministerium geförderten Netzwerks „CLAIM" zum Talk-Geschehen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen schließt mit harscher Kritik. Weil nach Ansicht der Verfasser nicht genug Menschen mit Migrationshintergrund in den großen Politik-Runden auftauchen und auch nicht genug Frauen. Abgesehen von einem Format sind auch Ostdeutsche unterrepräsentiert.

Im Oktober hatte „Neue Deutsche Medienmacher, ein Zusammenschluss von Journalisten, den

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Öffentlich-Rechtlichen die „Goldene Kartoffel 2019“ zugesprochen. Es werde ein „verzerrtes Bild vom Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland“ gezeichnet, hieß es in der Begründung – unter anderem sei die Gästeauswahl diskriminierend. Angesprochen waren damals die Shows „Hart aber fair“, „Maischberger“, „Anne Will“ (alle ARD) und „Maybrit Illner“ (ZDF).

Um mit Themen, Personen und auch der Struktur besser der gesellschaftlichen Realität und den Erwartungen der Zuschauer an fundierter Information und Argumentation zu entsprechen, ist keine grundlegende Reform des Formats Polittalk notwendig. Die Moderatorinnen und Moderatoren sind profilierte Journalisten, ein großer Redaktionsstab bereitet jede Sendung gründlich vor. Die Journalisten sind allerdings eingeschnürt in starre Konzepte, setzen im Wettbewerb um Aufmerksamkeit vor allem auf Kontroversen, Showeffekte und Rededuelle und streben zudem nach Exklusivmeldungen und zittern vor schlechten Einschaltquoten. Denn es steht für die meisten auch wirtschaftlich viel auf dem Spiel. Abgesehen von „Maybrit Illner“ werden alle politischen Talkshows von TV-Firmen produziert, die entweder den Moderatoren gehören oder an denen sie maßgeblich beteiligt sind. Bei einer Analyse der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) aus dem Jahr 2014 drängt sich geradezu die Frage auf, ob diese Sendungen in der gegenwärtigen Verfassung auch ihr Geld wert sind. Aktuellere Zahlen existieren – unter Verweis auf das Geschäftsgeheimnis von Verträgen – nicht. Es ist jedoch nicht zu vermuten, dass weniger bezahlt wird. Am teuersten ist Frank Plasbergs Show mit 6,92 Millionen für 33 Sendungen. Es folgt „Anne Will“, deren 36 Sendungen 6,46 Millionen Euro kosten. Bei „Maybrit Illner“ entstehen für 38 Sendungen Kosten von 4,31 Millionen Euro und bei „Sandra Maischberger“ sind für 40 Sendungen 4,27 Millionen Euro fällig. Am geringsten waren die Gesamtkosten für „Markus Lanz“. Nach Berechnungen des ZDF kostet eine Talkshow pro Sendung im Schnitt 147.000 Euro, eine Folge von Terra X 300.000 Euro, ein Fernsehfilm 2,5 Millionen Euro. Dass politische Gesprächssendungen preiswerter zu produzieren sind als fiktionale Angebote, sollte nicht zu dem Trugschluss führen, dass sie Billigware, „Wegwerfprodukte“ sind. Sie könnten angesichts komplizierter werdender Entwicklungen ein wichtiger Bestandteil des Informationsauftrages der öffentlich-rechtlichen Sender werden, wenn sie sich um ehrliche Analysen und unaufgeregten Meinungsaustausch bemühen würden.

Gesprächssendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk müssen ein Ort „zivilisierten Streits“ sein

In ihrer Weimarer Rede im Februar „Die Macht der Worte: Wie viel Freiheit braucht die Demokratie und wie viel Freiheit verträgt die Demokratie?“, betonte Kulturstaatsministerin Grütters, dass Demokratie ebenso auf Verständigung angewiesen sei, wie sie der Freiheit des Wortes verpflichtet ist. „Eine Gesellschaft, die das zivilisierte Streiten verlernt, verliert ihre Fähigkeit, Konflikte auszutragen und Kompromisse zu erzielen, und damit ihre demokratische Kernkompetenz“, so Grütters.

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Ein solcher Ort „zivilisierten Streits“ müssen Gesprächssendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein. Das setzt aber voraus, dass es weniger werden, sich das Konzept ändert, das Meinungen ausgetauscht werden und nicht wie in Scripted Reality jeder seine Rolle zugewiesen bekommt oder wie bei Wrestling-Kämpfen eingeübte Stuntshows abgeliefert werden.

Vor knapp zwei Jahren hat der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, die einseitige Themenauswahl und die Qualität der Talkshows in ARD und ZDF kritisiert. Er empfahl den Sendern eine einjährige Pause. Dieser Vorschlag wurde von den Anstalten und Protagonisten entrüstet abgelehnt.

Es ist an der Zeit, darüber erneut nachzudenken. Im Ergebnis müssen nicht alle Talkshows pausieren, aber die Verantwortlichen sollten endlich mit der Reform beginnen. Dabei kann man durchaus auch ins eigene Archiv sehen: Vor fast 50 Jahren hatte Dietmar Schönherr in der ersten deutschen Talkshow „Je später der Abend“ seine Gäste auf spannende Weise, aber stets respektvoll befragt. Das würde man sich heute auch bei den politischen Themen wieder wünschen. Einzig „Maischberger“ zeigt bisher Mut zu Innovationen mit „maischberger.die woche“ und „maischberger.vor ort“. Die Verträge der ARD für „Anne Will“, „Hart aber fair“ und „Maischberger“ laufen wohl Ende des Jahres aus. Das wäre die Chance für neue Konzepte für alle drei Sendungen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 04/2020.

Hierzu interessant

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Helmut Hartung 6. April 2020

Artikel

Zusammen-halt oder Spaltung?

Olaf Zimmermann

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Adresse: https://www.kulturelle-integration.de/2020/04/06/talkshows-sind-keine-wrestling-kaempfe/

Helmut Hartung 6. April 2020

Artikel

Migration Thema Nr. 1?

Gabriele Schulz

Veranstaltung

Zweite Jahrestagung: „Integration, Demokratie

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Adresse: https://www.kulturelle-integration.de/2020/04/06/talkshows-sind-keine-wrestling-kaempfe/

Helmut Hartung 6. April 2020



Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration